

Marx Beschreibung der bürgerlichen Gesellschaft als Klassengesellschaft beinhaltet eine Kritik. Diese richtet sich vorrangig nicht an der Ungerechtigkeit aus, sondern an der Zwangsläufigkeit der Formation selbst. Obgleich der tatsächlichen Existenz anderer Optionen produzieren die Individuen der bürgerlichen Gesellschaft ihre eigene klassenbedingte Unfreiheit. Die Bedeutung und Reichweite dieses Punktes sollen im Folgenden noch deutlicher werden.

7.2 Der Überbau der kapitalistischen Verhältnisse

Nicht nur die Formation der bürgerlichen Gesellschaft als Klassengesellschaft ergibt sich aus dem historisch bedingten kapitalistischen Handlungszusammenhangs, sondern laut Marx die gesamte soziale Realität. Als Auszug dessen, wird im Folgenden ein Blick auf den bürgerlichen Staat und die – insofern – bürgerliche Politik geworfen. Denn gerade durch Staat und Politik könnte die gesellschaftliche Entwicklung bewusst und im Bewusstsein um die Kontingenz tatsächlich frei gestaltet werden. In ihnen könnte eine Quelle von Kontingenzbewusstsein liegen. Wie sich im Folgenden zeigen wird, setzt allerdings auch hier Marx' Kritik an, und zwar in ähnlichem Ton, wie sie schon bei der Kritik an der Formation als Klassengesellschaft angeklungen ist. Die Zwangsläufigkeit der Logik des historischen Gegensatzes bestimmt in der bürgerlichen Klassengesellschaft auch Staat und Politik.¹² Unter den bestehenden Verhältnissen bildet sich in beiden gerade kein Kontingenzbewusstsein und sind beide daher nicht in der Lage, die gesellschaftliche Entwicklung frei zu gestalten. Es wird sich zeigen, wie sehr sich die eigentliche Kontingenz der gesellschaftlichen Entwicklung im Unbewussten bewegt, beziehungsweise, wie sehr es die kapitalistischen Verhältnisse schaffen, das Bewusstsein zu bestimmen. Es deutet sich dabei eine erste Begründung der Radikalität der Marx'schen Reflexion an, die später behandelt wird.

Obgleich sich die Geschichtsschreibung oftmals an Staaten oder Imperien abarbeitet, bemerkt Marx, dass die Menschheitsgeschichte eigentlich immer »mit der Geschichte der Industrie und des Austausches studiert werden«¹³ muss. Seine Sichtweise zielt ab auf die Geschichte, was für ihn bedeutet, die Zusammenhänge von materieller Produktion und etwa der Geschichte von Staaten anzuschauen und dabei die historischen Gesetzmäßigkeiten hinter dem geschichtlichen Ablauf zu aufzudecken. Die Geschichte ist demnach laut Marx nicht an einzelnen Gebilden, sondern auch an »Be-

12 Die Systematik des Überbau-Modells war von Marx und Engels tendenziell stärker wechselseitig gedacht, als es später durch die Arbeiterbewegung und postmarxistisch interpretiert wurde. Beide haben des Öfteren darauf verwiesen, dass im Modell der Überbau nicht schlicht die ökonomische Basis reflektiert. Vielmehr prägt der Überbau durchaus eine eigene Dynamik aus, welche auch auf die Basis zurückwirkt. Dazu etwa Joachim Hirsch/John Kannankulam/Jens Wissel: »Einleitung: Marx, Marxismus und die Frage des Staates«, in: Joachim Hirsch/John Kannankulam/Jens Wissel (Hg.), *Der Staat der Bürgerlichen Gesellschaft. Zum Staatsverständnis von Karl Marx*, Baden-Baden 2015, S. 9ff, hier S. 17; Karl Korsch: *Karl Marx*, Frankfurt a.M. 1967, 185ff.

13 K. Marx/F. Engels, *Die deutsche Ideologie* (1959), S. 30.

wußtsein, Religion, Philosophie, Moral etc. etc.«¹⁴ zu erklären und nachzuvollziehen. Für die »etcetera« ließe sich etwa auch Politik einsetzen.¹⁵

In der kapitalistischen Produktionsweise setzen sich die Individuen, wie sich mehrfach in den vorherigen Abschnitten zeigte, durch ihr Handeln in bestimmte und immer offensichtlicher werdende, von ihrem eigenen Willen unabhängige Verhältnisse zueinander. Käufer und Verkäufer oder Arbeiter und Kapitalist etwa sind Ausdrücke dessen. Die Verhältnisse selbst sind eine Folge der Geschichte. Aus diesen Verhältnissen ergibt sich in der Gesamtheit die ökonomische Struktur einer Gesellschaft. Darin sieht Marx die tatsächliche Basis. Darüber erhebt sich »ein juristischer und politischer Überbau«¹⁶. Marx kritisiert gerade an der liberalen politischen Ökonomie, dass diese sozusagen verkehrtherum vorginge. Die bürgerliche Gesellschaft entscheidet sich nicht bewusst und frei für eine ökonomische Basis. Diese und damit eben die bürgerliche Klassengesellschaft selbst sind, wie bereits gezeigt wurde, selbst Folge der geschichtlichen Entwicklung der Produktion.¹⁷ Die Abstraktionen, theoretischen Gebilde und Axiome, die die politische Ökonomie zur Erklärung bemüht, sind Abbilder der aktuell produzierten Verhältnisse. Entsprechend können diese nur so lange Wirkung entfalten, wie ebendiese Verhältnisse existieren.¹⁸ »Es ist nicht das Bewußtsein der Menschen, das ihr Sein, sondern ihr gesellschaftliches Sein, das ihr Bewußtsein bestimmt.«¹⁹

Jede so »produzierte« Gesellschaft geht laut Marx mit einer eigenen Eigentumsform einher: Stammeseigentum in der Stammesgesellschaft, Gemeinderecht in der Sklavengesellschaft, feudales Eigentum in der Ständegesellschaft, und Privateigentum in der bürgerlichen Gesellschaft.²⁰ Alle politischen Formen bisheriger Gesellschaftsformationen sind nur verschiedene Ausdrücke von Klassenherrschaft – Monarchie, Republik oder Aristokratie, Herrschaft zugunsten einer oder mehrerer Personen oder vermeintlich aller, sind nur verschiedene Formen der Herrschaft einer Klasse über eine andere. Es zeigt sich die historische Kontinuität und zugleich die Spezifität der bürgerlichen Gesellschaft in der historischen Entwicklung.

Den bürgerlichen oder »politische[n]« Staat als die »moderne Staatsgewalt« bezeichnet Marx dementsprechend als »Ausschuß, der die gemeinschaftlichen Geschäfte

14 Ebd., S. 37f.

15 Dazu Karl Marx: »Zur Kritik der politischen Ökonomie«, in: MEW 13, Berlin 1964, S. 3ff, hier S. 8. Daneben befasst sich Marx auch mit dem Recht. Darüber und die Stellung des Rechts innerhalb der Marx'schen Dialektik und im Basis-Überbau-Modells etwa Andreas Fisahn: Staat, Recht und Demokratie, Köln 2018, S. 112ff; Christoph Menke: Kritik der Rechte, Berlin 2015. Zu Marx besonderer Position zu den Grund- und Menschenrechten etwa Rosemarie Will: »Zwischen Himmel und Erde. Karl Marx über die Grundrechte in seiner Schrift *Zur Judenfrage*«, in: Marx-Engels-Jahrbuch (2014), S. 7ff; George G. Brenkert: »Marx and Human Rights«, in: Journal of the History of Philosophy 24 (1986), S. 55ff.

16 K. Marx, Zur Kritik der politischen Ökonomie (1964), S. 8f.

17 Vgl. K. Marx, Das Elend der Philosophie (1959), S. 130.

18 Vgl. K. Marx, Brief an P. W. Annenkow 28. Dezember 1846 (1959), S. 552.

19 K. Marx, Zur Kritik der politischen Ökonomie (1964), S. 9. Ähnlich K. Marx/F. Engels, Die deutsche Ideologie (1959), S. 27.

20 Ebd., S. 25.

der ganzen Bourgeoisie verwaltet.«²¹ Natürlich kann nicht von einer einheitlichen Interessenlage aufseiten der Bourgeoisie ausgegangen werden. Gerade dafür ist der bürgerliche Staat gedacht; er soll das Gemeinsame in den verschiedenen Vorstellungen finden und repräsentieren.²² Schon immer waren die ökonomischen Verhältnisse gegebene Tatsachen, mit denen auch die mächtigste Monarchie umzugehen hatte, denen sie sich fügen musste.²³ Auch der bürgerliche Staat ist also nicht etwa Ursache von ungleichen Eigentumsverhältnissen, sondern vielmehr geht er aus diesen hervor.²⁴ Der bürgerliche Staat ist Instrument des Kapitals, um die Konsequenzen der kapitalistischen Produktion und ein Bewusstsein tatsächlicher Alternativen zu unterdrücken. Darin versichert sich das Kapital gegenseitig. Diese Versicherung wird allerdings »immer kostspieliger und scheinbar immer selbstständiger gegenüber der bürgerlichen Gesellschaft [...], weil die Niederhaltung der exploitierten Klasse immer schwieriger wird«²⁵. Der bürgerliche Staat ist für Marx daher nichts anderes als die »Maschine der Klassenherrschaft«²⁶. Gerade als solcher spiegelt der bürgerliche Staat die Basis der kapitalistischen Produktionsverhältnisse nur wider.

Dieser Zusammenhang von Staat und kapitalistischen Produktionsverhältnissen besteht auch unbesehen der tatsächlichen staatlichen Verfasstheit. Auch der bürgerliche Staat als Republik unterliegt den gleichen Effekten, denn die staatliche Herrschaft

-
- 21 K. Marx/F. Engels, Manifest der Kommunistischen Partei (1959), S. 464. Ähnlich auch K. Marx/F. Engels, Die deutsche Ideologie (1959), 62, 311. Marcio Schäfer behandelt das Verhältnis von bürgerlicher Gesellschaft und bürgerlichem Staat im Marx'schen Denken weit ausführlicher. Vgl. M. E. Schäfer (2018), S. 35ff.
- 22 Dazu Marx an anderer Stelle: »[A]us diesem Widerspruch des besondern und gemeinschaftlichen Interesses nimmt das gemeinschaftliche Interesse als Staat eine selbständige Gestaltung, getrennt von den wirklichen Einzel- und Gesamtinteressen, an.« K. Marx/F. Engels, Die deutsche Ideologie (1959), S. 33.
- 23 Vgl. K. Marx, Das Elend der Philosophie (1959), S. 109.
- 24 Vgl. Karl Marx: »Die moralisierende Kritik und die kiritisierende Moral. Beitrag zur Deutschen Kulturgeschichte«, in: MEW 4, Berlin 1959, S. 331ff, hier S. 338.
- 25 Karl Marx/Friedrich Engels: »Rezensionen aus der ›Neuen Rheinischen Zeitung. Polit-ökonomische Revue‹. Viertes Heft«, in: MEW 7, Berlin 1960, S. 255ff, hier S. 288. Ein ähnliches Bild des Staates als gegenseitige Versicherung des Kapitals nutzen Marx und Engels auch in der *Deutschen Ideologie*. K. Marx/F. Engels, Die deutsche Ideologie (1959), 62, 339.
- 26 Karl Marx: »Der Bürgerkrieg in Frankreich. Adresse des Generalrats der Internationalen Arbeiterassoziation«, in: MEW 17, Berlin 1968, S. 313ff, hier S. 336. Dazu auch Derek Sayer: »The Critique of Politics and Political Economy: Capitalism, Communism, and the State in Marx's Writings of the Mid-1840s«, in: Sociological Review 33 (1985), S. 221ff.
- Zur Kritik am Staatsbild von Marx etwa vgl. J. Sanderson: »Marx and Engels on the State«, in: Western Political Quarterly 16 (1963), S. 946ff.
- Über andere Zugänge zum Marx'schen Staatsdenken etwa vgl. Kostas Papaioannou: »Marx and the Bureaucratic State«, in: Dissent 16 (1969), S. 252ff; Ralph Miliband: »Marx and the State«, in: Socialist Register 1965, S. 278ff.
- Marx selbst hat sich immer vorgenommen auch eine explizite Theorie über den Staat zu verfassen. Im Vorwort zur Kritik der politischen Ökonomie etwa vermerkte er im weiteren Plan für *Das Kapital* auch ein Buch über den Staat schreiben zu wollen. Vgl. K. Marx, Zur Kritik der politischen Ökonomie (1964), S. 7. Dazu auch J. Hirsch/J. Kannankulam/J. Wissel, Einleitung: Marx, Marxismus und die Frage des Staates (2015), 9ff; Roman Rosdolsky: Zur Entstehungsgeschichte des Marx'schen »Kapital«, Frankfurt a.M. 1968, 24ff.

bleibt laut Marx in jeder Verfasstheit die »organisierte Gewalt einer Klasse zur Unterdrückung einer andern«²⁷. Das gilt unabhängig der »Form der Staatsmacht«, sei sie »legitimistisch, konstitutionell, republikanisch oder kaiserlich«.²⁸ Auch die Republik, die vermeintlich und idealerweise im Sinne der gemeinschaftlichen Interessen der Allgemeinheit eingerichtet sein soll, bleibt eine Herrschaft einer Klasse über eine andere.

Auch Politik in der bürgerlichen Klassengesellschaft ist in Marx' Verständnis kein Instrument freier Gestaltung oder Ort eines Kontingenzbewusstseins, sondern durchdrungen von den kapitalistischen Gesetzmäßigkeiten und Sachzwängen. Sie gilt ihm letztlich als Inbegriff der Selbstbeschränkung der bürgerlichen Gesellschaft. In ihr drückt sich das ganze Unbewusstsein, dieses Ergebnis der Verschleierung aus. So schreibt er vom politischen Verstand in der bürgerlichen Gesellschaft, dieser sei

»politischer Verstand, weil er *innerhalb* der Schranken der Politik denkt. Je geschäftiger, je lebendiger, desto *unfähiger* ist er zur Auffassung sozialer Gebrechen«²⁹.

Politik als Überbau der kapitalistischen Produktionsweise ist *per definitionem* Ausdruck der Beschränkung und laut Marx damit unfähig zu tatsächlicher bewusster Gestaltung der eigentlich kontingenten Entwicklung. Politik ist unfähig dazu, reell existente Probleme überhaupt wahrzunehmen, geschweige denn sie zu lösen. Obgleich die politischen Möglichkeiten mit der Machtzunahme und dem Bedeutungsgewinn des und im bürgerlichen Staat scheinbar zunehmen, bleibt Politik dennoch ein Papiertiger. Im Umkehrschluss bedeutet das, dass die kapitalistische Produktionsweise Schritt für Schritt die Beschränktheit von Politik immer deutlicher werden lässt und sie gleichzeitig immer mehr zu verkleiden versucht.

Die praktische Bedeutung davon zeigt sich insbesondere in Marx' historischen Aussagen oder Bewertungen bürgerlicher, vor allem aber auch sozialdemokratischer Politik. Zehn-Stunden-Bill, Wahlrechtsreformen oder Sozialversicherungsgesetze hätten demnach überhaupt keinen Bezug zu den fundamentalen gesellschaftlichen Verhältnissen, sondern fänden ihre Notwendigkeit ebenso in kapitalistischen Sachzwängen.

Die Bourgeoisie ist nach Marx politisch weder fähig die gesellschaftlich-ökonomischen Verhältnisse tatsächlich gestalten zu wollen, geschweige denn dies überhaupt auch nur zu vermögen. Bourgeoise Politik kann nur die kapitalistischen Verhältnisse stabilisieren und aufbrechende gesellschaftliche Konflikte entweder durch staatliche Macht zu unterdrücken oder durch reformistische Politik zu kanalisieren versuchen.

27 K. Marx/F. Engels, Manifest der Kommunistischen Partei (1959), S. 482. Deutlich wird hier eine Abkehr Marxens von einer idealistischeren und hegelnahen Philosophie des Staates. Der Staat des Basis-Überbau-Modells ist nicht mehr der demokratische Staat des Ausgleiches der bürgerlichen Gesellschaft, sondern tritt deutlich als Instrument der herrschenden Klasse auf. So etwa Rolf Bauermann: »Zur Ausarbeitung der Demokratie- und Diktatur-Auffassung durch Marx in den vierziger und Anfang der fünfziger Jahre des 19. Jahrhunderts«, in: Marx-Engels-Jahrbuch 2 (1979), S. 107ff, hier S. 108.

28 Karl Marx: »Erster Entwurf zum ›Bürgerkrieg in Frankreich‹«, in: MEW 17, Berlin 1968, S. 493ff, hier S. 541.

29 Karl Marx: »Kritische Randglossen zu dem Artikel ›Der König von Preußen und die Sozialreform. Von einem Preußen‹«, in: MEW 1, Berlin 1957, S. 392ff, hier S. 402. Dazu mehr bei M. E. Schäfer (2018), S. 377ff.

Die Bourgeoisie kann nur das Bestehende verwalten; ihr fehlt jegliches Interesse daran und vor allem auch das Bewusstsein dafür, die Grundlagen der Gesellschaft selbst frei zu gestalten.³⁰ Deutlich wird dies, wenn der Blick auf die unmittelbare Herrschaft des Kapitals über die Arbeit fällt. Dass die Arbeiter ihre Arbeitskraft ›freiwillig‹ verkaufen, bedarf gar keines politischen Drucks, der ökonomische genügt vollends. Daher ist auch der Bereich begrenzt, in dem bürgerliche Politik überhaupt tätig werden möchte. Es wäre geradezu ein Fehler, etwa in die ökonomische Begründung der Notwendigkeit der Herrschaft des Kapitals über die Arbeit mit Politik zu stören. Es besteht sogar ein vitales Interesse daran, Politik zu begrenzen auf das, was möglich ist, um jeder Gefahr aus dem Weg zu gehen, die Struktur der ökonomischen Zusammenhänge aufs Spiel zu setzen.³¹ Bürgerliche Politik hat also in Marx' Augen damit nicht nur keine Möglichkeit und kein Bewusstsein, sondern auch gar kein Interesse, über die eigenen Bedingungen hinaus zu gestalten. Deutlich wird seine Position etwa anhand einer Passage aus *Der Bürgerkrieg in Frankreich*, wo er die bürgerliche Politik der französischen Konservativen und Bürgerlichen beschreibt:

»Die zentralisierte Staatsmacht, mit ihren allgegenwärtigen Organen – stehende Armee, Polizei, Bürokratie, Geistlichkeit, Richterstand, Organe, geschaffen nach dem Plan einer systematischen und hierarchischen Teilung der Arbeit – stammt aus der Zeit der absoluten Monarchie, wo sie der entstehenden Bourgeoisgesellschaft als eine mächtige Waffe in ihren Kämpfen gegen den Feudalismus diente. [...] Während der nachfolgenden Herrschaftsformen wurde die Regierung unter parlamentarische Kontrolle gestellt, d.h. unter die direkte Kontrolle der besitzenden Klassen. Einerseits entwickelte sie sich jetzt zu einem Treibhaus für kolossale Staatsschulden und erdrückende Steuern und wurde vermöge der unwiderstehlichen Anziehungskraft ihrer Amtsgewalt, ihrer Einkünfte und ihrer Stellenvergebung der Zankapfel für die konkurrierenden Fraktionen und Abenteuer der herrschenden Klassen – andererseits änderte sich ihr politischer Charakter gleichzeitig mit den ökonomischen Veränderungen der Gesellschaft. In dem Maß, wie der Fortschritt der modernen Industrie den Klassengegensatz zwischen Kapital und Arbeit entwickelte, erweiterte, vertiefte, in demselben Maß erhielt die Staatsmacht mehr und mehr den Charakter einer öffentlichen Gewalt zur Unterdrückung der Arbeiterklasse, einer Maschine der Klassenherrschaft.«³²

Durch bürgerliche Politik kann daher weder die tatsächliche Kontingenz der gesellschaftlichen Entwicklung gezeigt werden, noch kann von ihr bewusste Gestaltung innerhalb dieser Entwicklung erwartet werden. Alle Vorhaben aus dieser Richtung werden im Kern immer auf die Stabilisierung oder Verwaltung des bestehenden Zustandes sowie dessen Verschleierung.³³

30 Dazu auch G. A. Cohen: »Bourgeois and Proletarians«, in: *Journal of the History of Ideas* 29 (1968), S. 211ff, hier S. 211.

31 E. M. Wood, *Die Geschichte ist nicht zu Ende* (1998), S. 97.

32 K. Marx, *Der Bürgerkrieg in Frankreich* (1968), S. 336.

33 Inwieweit dies darauf zurückzuführen ist, dass sich die Bourgeoisie die eigene Ideologie der Natürlichkeit der bürgerlichen Gesellschaft glaubt, vielleicht auch angesichts ihrer komfortableren Position, wird an dieser Stelle offengelassen.

Nochmal deutlicher wird Marx' Position zur politischen Gestaltungsfähigkeit unter kapitalistischen Verhältnissen anhand seiner Aussagen zur Sozialdemokratie und deren politischer Ziele. Marx widerspricht der aus seiner Sicht irrigen Vorstellung, dass sich mit politischen Mitteln in den Händen von Einigen die gesellschaftlichen Differenzen der kapitalistischen Verhältnisse einfach aufheben ließen.

Über die Sozialdemokratie in Frankreich schreibt Marx in *Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte* und drückt damit sein Urteil über die Sozialdemokratie in ihrer reformistischen Auslegung insgesamt aus:

»Der eigentümliche Charakter der Sozial-Demokratie faßt sich dahin zusammen, daß demokratisch-republikanische Institutionen als Mittel verlangt werden, nicht um zwei Extreme, Kapital und Lohnarbeit, beide aufzuheben, sondern um ihren Gegensatz abzuschwächen und in Harmonie zu verwandeln.«³⁴

Deutlicher könnte er seine Abneigung wohl kaum zum Ausdruck bringen. Die bürgerliche Klassengesellschaft kann nicht mit den dort zur Verfügung stehenden Mitteln von bürgerlich-republikanischer Demokratie oder sozialer Demokratie überwunden werden. Alle diese Instrumente sind Ausdruck der materiellen Grundlage der bürgerlichen Gesellschaft, der kapitalistischen Verhältnisse. Es müsste also erst diese Grundlage überwunden werden, was allerdings gleichbedeutend ist mit dem Untergang der bürgerlichen Gesellschaft und entsprechend eine andere Form von Politik bräuchte. Es zeigen sich hier erste Anzeichen dafür, dass Marx' Begriff von Politik einen revolutionären Charakter hat oder sogar haben muss. Was die französischen Sozialdemokraten in ihrem Bewusstsein, daher auch in ihrem politischen Handeln beschränkt und sie damit nicht Vertreter des Proletariats als eigentliche revolutionäre Klasse ist,

»daß sie im Kopfe nicht über die Schranken hinauskommen, worüber sie nicht im Leben hinauskommt, daß sie daher zu denselben Aufgaben und Lösungen theoretisch getrieben werden, wohin jenen das materielle Interesse und die gesellschaftliche Lage praktisch treiben«³⁵.

Substanzielle soziale Verbesserungen oder ein wirklich frei und bewusst gestalteter kontingenter Fortschritt sind innerhalb der bürgerlichen Klassengesellschaft für Marx

34 K. Marx, *Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte* (1960), S. 141.

35 Ebd., S. 142. Über die Verstrickungen, die folgen, wenn innerhalb der konstitutionellen, parlamentarischen, demokratischen und bürgerlichen Republik versucht wird, die bürgerliche Gesellschaft zu überwinden, berichtet Marx, wenn er über die Ereignisse in Folge des fehlgeschlagenen Arbeiteraufstandes vom Juni 1848 schreibt. ebd., 144-147.

Interessanterweise gibt es mit der Interpretation der sozialdemokratischen Politik des Revisionismus von Gerhard Stamer, eine Argumentation, die genau nach auf der Marx'schen Kritiklinie verläuft. Gerhard Stamer kritisiert die revisionistische Sozialdemokratie dafür, gerade nicht mehr das praktische Ziel der fundamentalen Alternative zu verfolgen, sondern demgegenüber der reformistischen Theorie das Primat zu geben. Insofern ließe sich tatsächlich argumentieren, dass eine sozialdemokratische, aber kapitalismusinterne Politik keine wirkliche Gestaltungsmacht aufbringen kann – der strukturelle Rahmen der bürgerlichen Gesellschaft ist zu starr. Vgl. Gerhard Stamer: *Die Kunst des Unmöglichen oder die Politik der Befreiung*, Frankfurt a.M. 1989, S. 313. Auch Dieter Groh stellt die Geschichte der deutschen Sozialdemokratie bis zum Ersten Weltkrieg ähnlich dar. Vgl. Dieter Groh: *Negative Integration und revolutionärer Attentismus*, Frankfurt a.M. 1974.

auch für eine an Bewusstsein mangelnde sozialdemokratische Politik unmöglich. Wesentliche Änderungen können Folgen einer wesentlichen Änderung der gesellschaftlichen Struktur, nicht aber von strukturimmanenten Reformen sein. Er lässt sich über alle politischen Programme aus, die das Proletariat von der Bewusstwerdung und der Revolution durch den Verweis auf materielle Verbesserungen auf Basis der kapitalistischen Verhältnisse abbringen will. Marx kritisiert solche Bewegungen solange diese nicht die Politisierung und Bewusstwerdung des Proletariats anpeilen und die Überwindung des historischen Widerspruches avisieren, sondern

»administrative Verbesserungen, die auf dem Boden dieser Produktionsverhältnisse vor sich gehen, also an dem Verhältnis von Kapital und Lohnarbeit nichts ändern, sondern im besten Fall der Bourgeoisie die Kosten der Herrschaft vermindern und ihren Staatshaushalt vereinfachen«³⁶.

Unter den kapitalistischen Verhältnissen kann Politik für Marx nur die Verwaltung ökonomischer Sachzwänge und Pfadabhängigkeiten sein. Die Institutionen der bürgerlichen Gesellschaft verwalten die bürgerliche Klassengesellschaft. Hier etwa ein Ministerium für Arbeit einzurichten, bedeute laut Marx nichts anderes als ein »Ministerium der Ohnmacht« oder »der frommen Wünsche« zu errichten; »neben der Bourgeoisie« gibt es keine Emanzipation des Proletariats.³⁷ An einer anderen Stelle schreibt er, es sei schlichter »Unsinn«, »die Abschaffung der Konkurrenz unter Beibehaltung des Lohnes vorzuschlagen«.³⁸ Er wendet sich auch hier gegen reformistische Bestrebungen, die auf Lohngerechtigkeit abzielen. In der *Kritik des Gothaer Programms* gipfelt Marx' Kritik über die seiner Meinung nach vulgärsozialistischen Akteure der SPD, die es von den

»bürgerlichen Ökonomen übernommen [haben, FB], die Distribution als von der Produktionsweise unabhängig zu betrachten und zu behandeln, daher den Sozialismus hauptsächlich als um die Distribution sich drehend darzustellen«³⁹.

Die Vorhaben der deutschen Sozialdemokratie, aber auch die anderer sozialdemokratischer Bewegungen, sind für Marx kein Schritt hin zur Befreiung der Politik von den kapitalistischen Verhältnissen, sondern nur eine andere Form des Verwaltungshandelns bestehender ökonomischer Sachzwänge. Dies zeigt sich ihm auch daran, dass die SPD etwa

»statt die bestehende Gesellschaft [...] als *Grundlage* des bestehenden *Staats* [...] zu behandeln, den Staat vielmehr als ein selbständiges Wesen behandelt, das seine eignen »geistigen, sittlichen, freiheitlichen Grundlagen« besitzt«⁴⁰.

Gerade darin wird seine Kritik deutlich, dass die SPD die ökonomische Basis der kapitalistischen Produktionsweise und damit letztlich ein mangelhaftes bürgerliches Be-

36 K. Marx/F. Engels, Manifest der Kommunistischen Partei (1959), S. 489.

37 Karl Marx: »Die Klassenkämpfe in Frankreich 1848 bis 1860«, in: MEW 7, Berlin 1960, S. 9ff, hier S. 19.

38 K. Marx, Das Elend der Philosophie (1959), S. 159.

39 Karl Marx: »Kritik des Gothaer Programms«, in: MEW 19, Berlin 1962, S. 11ff, hier S. 22.

40 Ebd., S. 28.

wusstsein über die vorhandenen Alternativen der gesellschaftlichen Entwicklung schon in ihr Programm aufgenommen hat. Die SPD avisiere und kritisiere nicht mehr die dem Staat zugrundeliegenden Verhältnisse, sondern sähe den bürgerlichen Staat als Instrument zur Überwindung oder mindestens zur Gestaltung der Verhältnisse, was an sich eine *contradictio in adjecto* sei. Die SPD hat damit seiner Ansicht nach selbst ihre eigenen politischen Ambitionen demaskiert. Alle reformistischen Programme dieser Provenienz adressieren aus Marx' Perspektive nicht die Verhältnisse und eine Bewusstwerdung, sondern verbleiben vielmehr unter der ideologischen Herrschaft des Unbewusstseins. Ihnen bleibt die eigentliche Kontingenz der gesellschaftlichen Entwicklung und ihre Gestaltungsfreiheiten weiter nicht bewusst.

In *Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte* hinterlässt Marx ein weiteres eindringliches Bild hinsichtlich der Chancen von Verbesserungen innerhalb der kapitalistischen Verhältnisse. Auf der Suche nach der besseren Entscheidung, zwischen zwei bürgerlichen Regierungen stehend, vergleicht Marx die Position des Proletariats mit der von

»Buridans Esel, zwar nicht zwischen zwei Säcken Heu, um zu entscheiden, welcher der anziehendere, wohl aber zwischen zwei Trachten Prügel, um zu entscheiden, welche die härtere sei«⁴¹.

Gerade durch die angepriesenen, letztlich aber fehlgeleiteten Möglichkeiten der systemimmanenten sozialen Verbesserungen und insofern der ›Entschärfung‹ des Klassenkampfes wird die essenzielle Bedeutung des Bewusstseins der kapitalistischen Verhältnisse überdeutlich, auf das später noch eingehender eingegangen werden muss. An dieser Stelle sei zunächst nur festgehalten, dass das Bewusstsein um die existenzielle Ausbeutung generell sowie die kapitalistischen Verhältnisse Grundlage einer großen Solidarität und wirklich freien Gestaltungswillens sein kann. Es ist für Marx überhaupt unmöglich, mit den Instrumenten der bürgerlichen Gesellschaft in die Richtung der Emanzipation der Arbeiterklasse beziehungsweise der Menschheit etwas zu erreichen: »[D]ie Arbeiterklasse kann nicht die fertige Staatsmaschinerie einfach in Besitz nehmen und diese für ihre eignen Zwecke in Bewegung setzen.«⁴² Denn, so Marx an anderer Stelle, das »politische Werkzeug ihrer Versklavung kann nicht als politisches Werkzeug ihrer Befreiung dienen«⁴³. Was von bürgerlicher Politik in der Sache nicht denkbar ist, scheint auch aus sozialdemokratischer Richtung oder in sozialdemokratischer oder sogar proletarischer Anwendung ein von Vornherein verfehltes Unterfangen zu sein.⁴⁴

In der Deutlichkeit der Ablehnung aller strukturimmanenter Verbesserung liegt ferner die Begründung dafür, dass Marx gerade nicht als Gerechtigkeitstheoretiker falsch

41 K. Marx, *Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte* (1960), S. 190.

42 K. Marx, *Der Bürgerkrieg in Frankreich* (1968), S. 336. Auch daran wird deutlich, dass die Aussage der ›Diktatur des Proletariats‹ sehr wahrscheinlich von Marx eine andere Bedeutung beigemessen wurde, als von vielen seiner Interpreten und Apologeten. An passenderer Stelle wird auf Marx Aussagen zur Diktatur des Proletariats und der Permanenzklärung der Revolution, sowie den Folgen dieser Aussagen für den Marxismus eingegangen.

43 Karl Marx: »Zweiter Entwurf zum ›Bürgerkrieg in Frankreich‹«, in: MEW 17, Berlin 1968, S. 572ff, hier S. 592.

44 Vgl. U. Lindner (2013), S. 373f.

verstanden werden darf. Um es noch einmal zu betonen, die kapitalistische Produktionsweise basiert laut seiner Analyse darauf, dass der Arbeiter nur existieren kann, wenn er für das Kapital unbezahlte Mehrarbeit leistet und diesem damit Mehrwert produziert. Dieses System wird mit der Entwicklung der Produktivkräfte für das Proletariat immer drückender, »ob nun der Arbeiter bessere oder schlechtere Zahlung empfangen«⁴⁵. Aus diesem Grund überzieht Marx alle systemimmanenten Verbesserungen mit

45 K. Marx, Kritik des Gothaer Programms (1962), S. 25f. Dazu auch Erich Fromm (Hg.): Das Menschenbild bei Marx, Frankfurt a.M. 1980, S. 53.

Der Sichtweise, Marx argumentiere aus einer Gerechtigkeitstheorie heraus, ist angesichts folgender Frage zu widersprechen: Woher sollte eine solche Gerechtigkeitstheorie ihre normative Grundlage nehmen? Nach den der kapitalistischen Produktionsweise eigenen moralischen Maßstäben wie formeller Freiheit und Gleichheit sowie Eigentum verläuft alles gerecht. Andere moralische Maßstäbe der bürgerlichen Gesellschaft müssten also außerhalb dessen begründet sein. Wo sollten Quellen einer externalen Moralität gefunden werden? Dennoch erkennt etwa Rainer Forst in Marx Denken eine Gerechtigkeitstheorie. Vgl. Rainer Forst: »Gerechtigkeit nach Marx«, in: Rahel Jaeggi/Daniel Loick (Hg.), Nach Marx. Philosophie, Kritik, Praxis, Berlin 2013, S. 107ff. Auch Ralf Dahrendorf hat früh einen solchen Ansatz diskutiert. Ralf Dahrendorf: Marx in Perspektive, Hannover 1952.

Interessant in diesem Zusammenhang ist ein Ansatz von Duncan Greaves. Er ist der Meinung, dass dem Marx'schen Denken, wenn überhaupt eine Gerechtigkeitstheorie inne ist, dann hinsichtlich der historisch stufenförmigen Entwicklung. Ungerechtigkeit kann es dann etwa nur geben, wenn es gleichzeitig auch die Möglichkeit der Gerechtigkeit gibt. Der Kapitalismus ist insofern ungerecht, als dass er in sich schon die gerechte Alternative trägt. Vgl. Duncan Greaves: »Marx, Justice, and History«, in: Theoria 83 (1994), S. 13ff.

Daran schließt sich die Debatte an, ob Marx die von ihm benannten rechtlichen Normen der kapitalistischen Verhältnisse nur aus sozialwissenschaftlicher und geschichtlicher Perspektive behandelt hat und seine Behandlung überhaupt auf einem moralisch-normativen Fundament steht. Manche Autoren heben hervor, dass er etwa das Institut der Lohnarbeit vor diesem Hintergrund und die kapitalistischen Verhältnisse insgesamt nicht als Unrecht empfand oder empfinden konnte. Vgl. Allan W. Wood: Karl Marx, New York 2004; Allan W. Wood: »The Marxian Critique of Justice«, in: Philosophy and Public Affairs 1 (1972), S. 244ff.

Zur Frage nach einer moralischen Grundlage der Mehrwertaneignung ohne Zahlung eines Äquivalentes siehe Samuel Freeman: Geschichte der politischen Philosophie, Frankfurt a.M. 2008, S. 459ff; Ziyad Husami: »Marx on Distributive Justice«, in: Philosophy and Public Affairs 8 (1978), S. 27ff.

Norman Geras fasst es in einem Paradox einprägsam zusammen: »Marx did think capitalism was unjust but he did not think he thought so.« Norman Geras: »The Controversary about Marx and Justice«, in: New Left Review 150 (1985), S. 47ff, hier S. 70.

Zur Frage der normativen Grundlage der historischen Rolle des Proletariats etwa vgl. Tilman Reitz: »Marx als Anti-Philosoph«, in: Rahel Jaeggi/Daniel Loick (Hg.), Karl Marx – Perspektiven der Gesellschaftskritik, Berlin 2013, S. 15ff, hier S. 23f. Dazu auch M. Quante, Die Philosophie von Karl Marx (2018), S. 45; G. Lohmann, Marxens Kapitalismuskritik als Kritik an menschenunwürdigen Verhältnissen (2013); Russel Keat: »Die ethische Kritik ökonomischer Institutionen«, in: Rahel Jaeggi/Daniel Loick (Hg.), Karl Marx – Perspektiven der Gesellschaftskritik, Berlin 2013, S. 169ff.

Generell mit der durchaus ambivalenten Stellung von Marx zur Moral beschäftigen sich etwa R. G. Pfeffer: Marxism, Morality and Social Justice, Princeton 1990; Emil Angehrn/Georg Lohmann (Hg.): Ethik und Marx, Königstein 1986; Georg Lohmann: »Gesellschaftskritik und normativer Maßstab. Überlegungen zu Marx«, in: Urs Jaeggi/Axel Honneth (Hg.), Arbeit, Handlung, Normativität, Frankfurt a.M. 1980, S. 234ff. Vgl. auch Lukas Egger: »Immanente Kritik oder Metakritik der Moral. Zu Normativität als Gegenstand und Grundlage der Marx'schen Gesellschaftskritik«, in: Mat-

Kritik bis hin zu beißendem Spott, denn diese Forderung wäre, als ob der Sklave in der Revolution bemerkte: »Die Sklaverei muss abgeschafft werden, weil die Beköstigung der Sklaven im System der Sklaverei ein gewisses niedriges Maximum nicht überschreiten kann.«⁴⁶

Es gibt insofern in der bürgerlichen Klassengesellschaft und im kapitalistischen Handlungszusammenhang, in den Worten Wolfgang Schieders, keine »Eigenständigkeit des Politischen«⁴⁷. Damit ist auch gesagt, dass es ohne eine aktive Bewusstwerdung über die tatsächlichen gesellschaftlichen Verhältnisse kein Kontingenzbewusstsein und keine freie Gestaltung der Entwicklung geben kann. Alles ist durchdrungen von der kapitalistischen Ideologie und den Schleiern des historischen Widerspruchs. Der kapitalistische Handlungszusammenhang kann nur reproduziert werden, eine einheitliche und bewusste Gestaltung der Produktion durch die Gesellschaft ist bisher nicht möglich. An seinen Freund Annenkow schreibt Marx diesbezüglich:

»Setzen Sie bestimmte Stufen der Entwicklung der Produktion, des Verkehrs und der Konsumtion voraus, und Sie erhalten eine entsprechende soziale Ordnung, eine entsprechende Organisation der Familie, der Stände, der Klassen, mit einem Wort, eine entsprechende Gesellschaft. Setzen Sie eine solche Gesellschaft voraus, und Sie erhalten eine entsprechende politische Ordnung, die nur der offizielle Ausdruck der Gesellschaft ist.«⁴⁸

Ohne die Aufklärung über die bestehenden Verhältnisse kann es kein Kontingenzbewusstsein und keine wirkliche politische Gestaltungsfreiheit geben. Dafür braucht es die vollständige Bewusstwerdung und darauf aufbauend die Überwindung der bisherigen Dynamik des Widerspruchs zwischen angehäufter und unmittelbarer Arbeit. Alle aus dem individuellen menschlichen Handeln hervorgehenden Institutionen und Strukturen sind bisher Konsequenzen oder Ableitungen der ökonomischen Strukturen;⁴⁹ sie ändern sich zwar, aber immer nur in Abhängigkeit zu den Transformationen der ökonomischen Basis. Die gesamte gesellschaftliche Realität ist Ergebnis der Eigendynamik und Eigengesetzlichkeit der ökonomischen Entwicklung: »Die Handmühle ergibt eine Gesellschaft mit Feudalherren, die Dampfmühle eine Gesellschaft mit industriellem Kapitalisten.«⁵⁰

7.3 Charaktermasken und Individualität

Aus den kapitalistischen Produktionsverhältnissen ergeben sich nicht nur die Strukturprinzipien der bürgerlichen Gesellschaft, sondern das individuelle Handeln ist dadurch auf spezifische Weise geprägt. Was in der bürgerlichen Klassengesellschaft herrscht,

tias Bohlender/Anna-Sophie Schönfelder/Matthias Spekker (Hg.), Kritik im Handgemeine. Die Marx'sche Gesellschaftskritik als politischer Einsatz, Bielefeld 2018, S. 221ff.

46 K. Marx, Kritik des Gothaer Programms (1962), S. 26.

47 Wolfgang Schieder: Karl Marx, Darmstadt 2018, S. 16.

48 K. Marx, Brief an P. W. Annenkow 28. Dezember 1846 (1959), S. 548.

49 Vgl. M. E. Schäfer (2018), S. 176ff.

50 K. Marx, Das Elend der Philosophie (1959), S. 130.